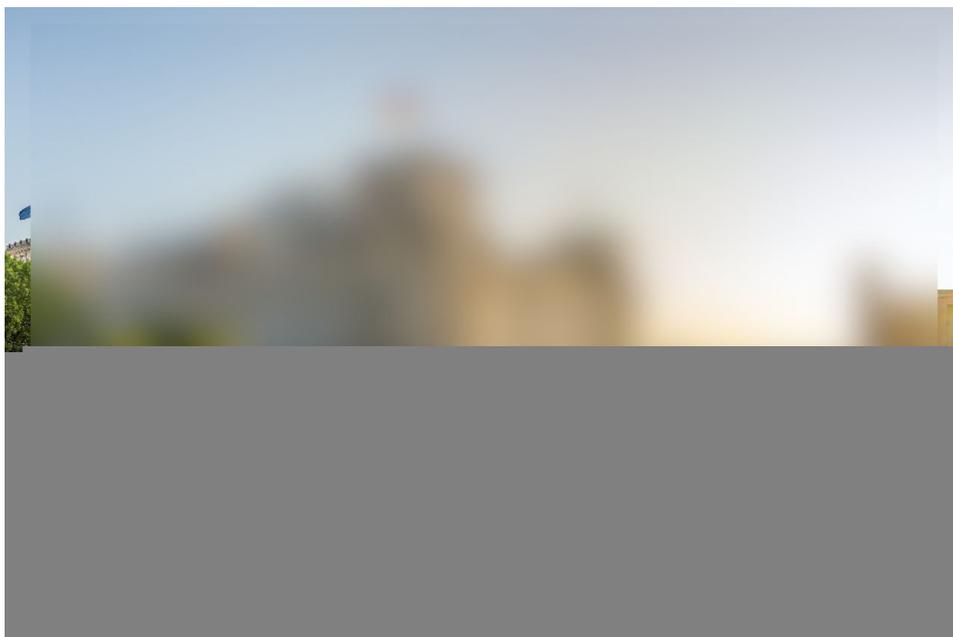


Dobrindt verteidigt umstrittene Asylpraxis: Rechtsstaat oder Rechtsbruch?

Bundesinnenminister Dobrindt bleibt trotz gerichtlicher Bedenken bei umstrittenen Asyl-Zurückweisungen an deutschen Grenzen.



Berlin, Deutschland - Am 4. Juni 2025 hat sich die Diskussion um die deutsche Asylpolitik und die damit verbundenen Grenzkontrollen verschärft. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, der erst kürzlich in sein Amt eingeführt wurde, bleibt trotz eines Eilbeschlusses des Verwaltungsgerichts Berlin, der die Zurückweisungen von Asylsuchenden an der deutschen Grenze als rechtswidrig erklärt hat, bei seiner Linie. Der Minister betont, dass die Rechtsgrundlage für diese Praxis gegeben sei und die Bundesregierung weiterhin so verfahren werde. Dobrindt erklärt in einem Interview mit Sandra Maischberger, es gehe hierbei nicht um einen Rechtsbruch, sondern um die

Energische Durchsetzung des Rechts in Europa, insbesondere über das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS).

Im Mittelpunkt der Kontroversen stehen drei Somalier, die versucht haben, illegal nach Deutschland einzureisen. Dobrindt kündigt an, die Zuständigkeit für deren Asylanträge gemäß dem genannten Urteil des Verwaltungsgerichts prüfen zu wollen. Das Gericht stellte fest, dass die Bundesregierung nationales Recht anwendet, sich jedoch auf eine Ausnahme im europäischen Recht beruft, für die eine ausreichende Begründung fehlt. Diese rechtlichen Auseinandersetzungen werfen Fragen zur aktuellen Migrationspolitik auf.

Steigende Grenzkontrollen und neue Maßnahmen

In einem Zuge der verstärkten Kontrollen an den deutschen Außengrenzen kündigte Dobrindt zudem an, die Zahl der eingesetzten Beamten von derzeit 11.000 um bis zu 3.000 Bundespolizisten zu erhöhen. Diese Maßnahmen sind Teil einer umfassenden Strategie, die auch eine Aufhebung einer früheren Weisung aus dem Jahr 2015 beinhaltet, welche Zurückweisungen in Asylfällen ausschloss. Dieser Schritt wird auch von verschiedenen politischen Akteuren kritisch beäugt.

Polens Ministerpräsident Donald Tusk äußert sich negativ zu den deutschen Grenzkontrollen und betont, dass diese hauptsächlich an den Außengrenzen der EU stattfinden sollten. Dobrindts Vorgehen hat auch innerhalb Deutschlands für unterschiedliche Reaktionen gesorgt. Während einige Politiker, wie Thomas Strobl (CDU) und Alexander Throm (Unionsfraktion), die neuen Maßnahmen loben, verwirft Katharina Dröge von den Grünen die unkoordinierte Umsetzung.

Kritik an den Rückführungspraktiken

Ein brisantes Thema bleiben die zurzeit in der EU diskutierten

Praktiken der Rückführung, auch bekannt als „Pushbacks“, die illegal und gegen EU-Recht verstoßen. Migranten, die in einem EU-Staat Asyl beantragen wollen, haben laut dem internationalem Recht ein Recht auf Prüfung ihrer Gesuche. In Ländern wie Griechenland, Polen und Kroatien sind solche Pushbacks in den letzten Jahren hingegen dokumentiert worden und rufen immer wieder die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft hervor.

Die Zunahme von Migranten aus Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 hat die Problematik zusätzlich verschärft. In diesem Kontext fordern mehrere EU-Staaten mehr physische Barrieren zum Schutz ihrer Außengrenzen. Ratspräsident Charles Michel hat angedeutet, dass die EU möglicherweise bereit ist, die Kosten für solche Maßnahmen zu übernehmen. Dies zeigt die gegenwärtigen Spannungen und divergierenden Ansichten innerhalb der EU zur Migrationspolitik, wobei Südeuropäische Staaten ein gerechteres Verteilungssystem fordern, während osteuropäische Staaten eher auf Abschottung setzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die deutsche Asylpolitik derzeit im Fokus des öffentlichen Interesses steht und die Diskussion über Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit innerhalb der europäischen Migrationspolitik neu entfacht wird. Die Bundesregierung steht vor der Herausforderung, ein Gleichgewicht zwischen nationalen Interessen und europäischen Verpflichtungen zu finden.

Welt

Süddeutsche

Europa im Unterricht

Details	
Vorfall	Asylpolitik
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.welt.de

Details

- www.sueddeutsche.de
- www.europaimunterricht.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net